

Programm der deutsch-konservativen Partei.

Wir fordern demgemäß die schrittweise Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldcapitals. Wir fordern die Heilung der schweren Schäden, welche die übertriebene wirtschaftliche Centralisation und der Mangel fester Ordnungen für Landwirtschaft und Kleingewerbe zur Folge gehabt hat. Insbesondere fordern wir die durch Erfahrung gebotene Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und der Gewerbe-Ordnung.

6. Wir erachten es für Pflicht, den Ausschreitungen der socialistischen Irrlehren entgegenzutreten, welche einen wachsenden Theil unseres Volkes in feindseligen Gegensatz zu der gesammten bestehenden Ordnung bringen. Wir sind überzeugt, daß die bloße Entfesselung der individuellen Kräfte zu einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung nicht führen kann, daß der Staat vielmehr die Aufgabe nicht abweisen darf, die redliche Erwerbsarbeit gegen das Uebersicheln der Speculation und des Actienunwesens zu schützen und durch eine wirksame Fabrikgesetzgebung die sittliche und wirtschaftliche Lage der Lohnarbeiter, sowie das friedliche Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sichern und zu fördern.

Alle, welche diesen Grundsätzen zustimmen und gewillt sind, dieselben, unabhängig nach oben wie nach unten, zu vertreten, fordern wir auf, sich zu einer festgeschlossenen Partei der **Deutschen Conservativen** zu vereinigen.

Die seit dem 1. December 1879 in Breslau erscheinende Zeitung:

Schlesisches Morgenblatt,

Organ der konservativen Partei,

erscheint täglich (außer Montags) mindestens 1½ Bogen, an Sonn- und Festtagen 2 bis 2½ Bogen stark. Preis für das Quartal bei der Expedition und den Commanditen in Breslau und bei allen deutschen Postanstalten 3 Mk., durch die Colporteure im Wochenabonnement mit Abtrag 25 Pf. Inserate, die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Die Expedition in Breslau, Ring 50, und alle deutschen Postanstalten nehmen für 1 Mark Bestellungen aufs „Schlesische Morgenblatt“ pro December 1880 entgegen.

Im Selbstverlage des Herausgebers: Chef-Redacteur Lange in Breslau.



Druck von E. Gutschmann in Breslau, Ring 50.



Satzungen

des

Deutsch-konservativen Vereins für die Stadt Breslau.

Angenommen im März 1900.



§ 1.

Der Deutsch-konservative Verein für die Stadt Breslau bezweckt, die konservativen Männer der Stadt Breslau auf dem Grunde des Programmes der konservativen Partei vom 8. December 1892 zu sammeln und auf konservative Wahlen hinzuwirken.

Er hat seinen Sitz in Breslau.

§ 2.

Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene, groß-jährige, männliche Bewohner Breslaus werden, der sich zu dem genannten Programme bekennt.

Die Aufnahme erfolgt auf Meldung durch den Vorstand.

§ 3.

Ein Mitglied scheidet durch Austritt, Ausschluß oder Tod aus dem Vereine aus.

Dem Austritte muß eine dreimonatige schriftliche Kündigung vorangehen.

Der Ausschluß kann durch den Vorstand beschloffen werden, sobald ein Mitglied sich nicht mehr zu dem Programme des Vereins bekennt, oder in Konkurs gerät, oder sich der Mitgliedschaft — insbesondere nach gerichtlicher Verurteilung — nicht mehr würdig zeigt. Der Vorstand ist nicht verpflichtet, dem Ausgeschlossenen die Gründe für den Ausschluß mitzuteilen.

§ 4.

Durch den Austritt, Ausschluß, Tod oder die Zahlungseinstellung eines Mitgliedes wird der Verein nicht aufgelöst.

§ 5.

Das auscheidende Mitglied verliert durch das Ausscheiden jeden Anspruch auf seinen Anteil am Vereinsvermögen.

§ 6.

Jedes Mitglied hat einen jährlichen Beitrag von mindestens 50 Pfg. zu zahlen.

§ 7.

Der Verein wird durch den Vorstand vertreten, der aus 15 Mitgliedern besteht.

Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung durch Stimmenmehrheit gewählt.

Alljährlich scheidet ein Drittel der Vorstandsmitglieder

aus, und zwar immer die im Amte ältesten. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden. Scheidet im Laufe des Jahres ein Vorstandsmitglied aus, so kann sich der Vorstand durch Zuwahl ergänzen.

§ 8.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, den Schriftführer und den Schatzmeister. Er wählt ferner für die einzelnen Stadtbezirke die notwendige Anzahl von Vertrauensmännern, deren Aufgabe es ist, dem Vereine möglichst viele Mitglieder zuzuführen und sonst in geeigneter Weise die Zwecke des Vereins zu fördern.

§ 9.

Nach Bedürfnis beruft der Vorsitzende den Vorstand und der Vorstand die Vereinsmitglieder zu Versammlungen ein. Die Einberufung zu den Vereinsversammlungen erfolgt durch Bekanntmachung im Vereinsblatt.

Der Vorsitzende oder der Vorstand setzen die Tagesordnung fest.

Anträge für die Tagesordnung müssen wenigstens eine Woche vor der Versammlung schriftlich eingebracht werden, wenn sie Berücksichtigung finden sollen.

§ 10.

Im Januar jedes Jahres muß eine Mitglieder-Versammlung stattfinden, in der die Wahl des Vorstandes, die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Schatzmeisters erfolgt.

§ 11.

Die Zeitung des Vereins ist die „Schlesische Morgenzeitung“.

§ 12.

Bei Auflösung des Vereins fällt das Vereinsvermögen an den „Deutsch-konservativen Verein für die Provinz Schlesien“ und, falls dieser dann nicht mehr bestehen sollte, an die Gesamtvertretung der konservativen Partei.

§ 13.

Änderungen der Satzungen können von der Mitgliederversammlung, nachdem darauf in der Einberufung zur Versammlung hingewiesen ist, mit Zweidrittelmehrheit beschloffen werden.

Gabinet
Slesko-Luzycki

81608/2

Programm der Deutsch-konservativen Partei.

Nach den Beschlüssen des Parteitages vom 8. Dezember 1892.

Die Deutsch-konservative Partei hält es für geboten, in Anlehnung an die bewährten Grundsätze, welche in ihrem Programm von 1876 ausgesprochen sind, zu den wesentlichen Aufgaben der Gegenwart in nachstehendem Programm Stellung zu nehmen:

- 1) Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Betätigung in der Gesetzgebung für die unerlässliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung.

Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen; ein Zusammenwirken beider ist die notwendige Vorbedingung zur Gesundung unseres Volkslebens.

Wir erkennen einerseits dem Staate das Recht zu, kraft seiner Souveränität, sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen! andererseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Ubergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. In diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbstständige Regelung ihrer inneren Einrichtungen eintreten.

Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die wichtigste Grundlage der Volkserziehung und für die Bürgerschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande.

Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zerstörenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben.

Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler.

- 2) Wir wollen die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, daß innerhalb dieser Einheit die berechnete Selbstständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten und Stämme gewahrt werde.

Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung erhalten, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.

- 3) Wir wollen die Monarchie von Gottes Gnaden unangetastet erhalten wissen und bekämpfen, bei gesetzlich gesicherter bürgerlicher Freiheit für alle und bei wirksamer Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung, jeden Versuch, die Monarchie zu gunsten eines parlamentarischen Regiments zu beschränken.

- 4) Wir können nur eine solche Weiterbildung unseres öffentlichen und privaten Rechtes als segensreich anerkennen, welche auf den realen und geschichtlich gegebenen Grundlagen fußend, den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird und damit die Stetigkeit unserer gesamten politischen, sozialen und geistigen Entwicklung sichert.

- 5) Für die gebotene Sparsamkeit bei allen öffentlichen Ausgaben in Reich und Staat treten wir ein zur Erhaltung der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der Steuerkraft des Volkes.

- 6) Wir sehen in der vollen Wehrkraft des Deutschen Volkes eine unerlässliche Bedingung für die Machtstellung der Nation und für die Erhaltung des Friedens.

- 7) Die maßvolle Fortführung einer zielbewußten Kolonialpolitik unter dem Schutze des Reiches werden wir unterstützen.

- 8) Wir stehen auf dem Boden der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881, welche die Grundsätze des praktischen Christentums in der Gesetzgebung zur Geltung bringt.

Die auf Grund dieser Botschaft erlassenen Gesetze, betreffend die Einrichtung von Krankenkassen, die Versicherung gegen Unfall und die Invaliditäts- und Altersversicherung bedürfen der Vereinfachung.

Wie wir für die Besserung der Lage der Arbeiter, unter erheblicher Belastung der Arbeitgeber, eingetreten sind, so halten wir nach wie vor die Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land und die Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals für die dringendsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinshädliche Erwerbstätigkeit und gegen die unehrliche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr.

- 9) Wir erstreben eine Gestaltung des Erb- und Familienrechtes, welche die Erhaltung eines fräftigen Bauernstandes gewährleistet.

Die Einführung einer zweckentsprechenden Heimstätten-Gesetzgebung für den kleineren Grundbesitz und die Ueberführung der auf dem Grundbesitz lastenden Hypothekar-Verschuldung in zu amortisierende Rentenschuld erachten wir als wünschenswert.

- 10) Für die Landwirtschaft, welche unter der Ungunst des Weltmarktes, der internationalen Verhältnisse und der inneren wirtschaftlichen Entwicklung leidet, ist der bestehende Zollschutz aufrecht zu erhalten, im weiteren aber ein ausreichender Zollschutz für die Zukunft anzubahnen; auch ist für die Umgestaltung der Gesetzgebung, betreffend den Unterstützungswohnitz im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit, Sorge zu tragen.

- 11) Für die Industrie ist der durch die Konkurrenz des Auslandes bedingte Zollschutz aufrecht zu erhalten und, wo nötig, zu verstärken.

- 12) Für das Handwerk erscheint vornehmlich die Einführung des Befähigungsnachweises, die Stärkung der Innungen und Innungsverbände, die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen geboten. Redlicher Handel und Gewerbebetrieb ist zu schützen durch Beschränkung und Beaufsichtigung des Hausierhandels und der Abzahlungsgeschäfte, sowie durch die Beseitigung der Wanderlager und der Wanderauktionen.

- 13) Die Börsengeschäfte sind durch eine Börsenordnung wirksamer staatlicher Aufsicht zu unterstellen; insbesondere ist dem Mißbrauch des Zeitgeschäftes als Spielgeschäft, namentlich in den für die Volksernährung wichtigen Artikeln, entgegenzutreten.

- 14) Diejenigen Anhänger der Sozialdemokratie und des Anarchismus, deren vaterlandslose und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen weite Kreise unseres Volkes gefährden, sind als Feinde der staatlichen Ordnung zu bekämpfen.

- 15) Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten.

Hochhaltung von Christentum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die Deutsch-konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat.

Breslau I, Datum des Poststempels.
Caschenstraße 18.

R 198/23

24/11/92

Die letzten Reichstagswahlen haben gezeigt, daß in unserer, lange Zeit nur von Sozialdemokraten vertretenen Stadt Breslau auch für die bürgerlichen Wähler ein Erfolg möglich ist, wenn sie nur einig sind und ihr Wahlrecht ausüben.

Um auch in Zukunft der Sozialdemokratie erfolgreich entgegen treten zu können, ist es deshalb notwendig, daß sich die bürgerlichen Wähler besser als bisher, auch beizeiten und nicht etwa erst kurz vor den Wahlen, organisieren. Anders liegt sonst die große Gefahr nahe, daß bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokraten, die immer mit größtem Eifer an der Arbeit sind, wieder den Sieg davon tragen. Die bürgerlichen Wähler müssen — ähnlich wie es die Sozialdemokraten mit Erfolg tun — auch außerhalb der Wahlzeit sich zusammenschließen.

In Erwägung dieser Notwendigkeit wenden wir uns deshalb mit der ergebensten Bitte an Sie, unserem Deutsch-konservativen Verein, der hauptsächlich bei den letzten Wahlen durch seine Rührigkeit den beiden bürgerlichen Kandidaten den Sieg erkämpft hat, beitreten zu wollen.

Der mäßige Jahresbeitrag (mindestens 50 Pfg. fürs Jahr) ermöglicht auch Wenigbemittelten den Beitritt.

Eine Postkarte zur Beitrittserklärung und ein Exemplar unserer Satzungen erlauben wir uns beizufügen.

Der Vorstand des Deutsch-konservativen Vereins für die Stadt Breslau.

Justizrat Gröhner, Generallandschafts-Syndikus,
Vorstand.

Professor Dr. J. Troeger, Gymnasial-Oberlehrer,
stellvertretender Vorstand.

Sprachlehrer Josef Rösner,
Schriftführer.

Buchhändler Gerhard Kauffmann,
Schatzmeister.

Leo Friedrich, Kaufmann. Otto Gutsmann, Buchdruckereibesitzer. Feumann, Provinzialsekretär. E. Heyse, Schulrat, Kreis-Schulinspektor. Geh. Regierungsrat Dr. A. Hillebrandt, Universitätsprofessor. Dr. E. Jenbiel, Justizrat. Karl Kapelle, Ober-Postschaffner. W. Knispel, Lehrer. Krausel, Pastor prim. Dr. K. Nitschke, Chefredakteur. Friedrich von Petersdorff, Landesrat. F. W. Pohl, Böttcher-Obermeister, Stadtverordneter. B. von Prittviß und Saffron, Regierungsreferendar a. D. Bruno Pust, Eisenbahn-Sekretär. Freiherr H. von Richthofen, Landeshauptmann von Schlesien. M. Schimmelpfennig, Ober-Regierungsrat und Universitäts-Kuratorialrat. E. Schmitto, Werkführer. M. Skladnikiewicz, Schornsteinfeger-Obermeister. B. von Studniß, Generalmajor z. D.

Gabl.
Slg.-ko-Lu. Ki

4

Gabinat
Sztako-Luaycki

Die industriellen Kartelle, Kohlen- u. Kali-Ausfuhrzoll

4

Gabinat
Sztako-Luaycki

Handbuch

des

Deutsch-konservativen Vereins

für die

Provinz Schlesien

enthaltend

Satzungen und Programme der Deutsch-Konservativen von 1876 u. 1892,

Vorstandsmitglieder- und alphabetische Mitgliederliste nach dem
Stande vom 1. Januar 1905, Ergebnisse der letzten Reichs-
tags- und Landtagswahlen, Kassenabschlüsse für 1902-1904,
Gründung und Entwicklung des offiziellen Organs „Schlesische
Morgen-Zeitung.“

8160813

Sonderabdruck
aus Nr. 263 bis 267 der „Schlesischen Morgen-Zeitung“.

1907.

Schlesische Druckerei-Genossenschaft, e. G. m. b. H., Breslau II,
Zaunhienstraße 49.

8160814